

DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS IN RUSSLAND 20 JAHRE PERESTROJKA MENSCHENRECHTE IN TSCHETSCHENIEN

■ Analyse		
	Russische Demokratie – ein Gegenwartsbild. Matthes Buhbe und Elisabeth Beckmann, Moskau	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
	Werte und Institutionen im Bewusstsein der Russen	6
■ Umfrage		
	Die Perestrojka im Urteil der Russen. Matthes Buhbe, Moskau	10
	Tabellen und Grafiken zur Perestrojka-Umfrage	11
■ Umfrage		
	Gibt es in Russland Demokratie?	17
■ Dokumentation		
	Human Rights Watch: Schlimmer als Krieg	19
■ Chronik		
	Vom 29. März bis zum 7. April 2005	20
■ Lesehinweis		
	Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 3/2005	21

Russische Demokratie – ein Gegenwartsbild

Werte und Institutionen der Demokratie im Bewusstsein der Russen

Matthes Buhbe und Elisabeth Beckmann

Zusammenfassung

In Russland wie im westlichen Europa wird mitunter die Meinung vertreten, dass Demokratie aus historischen Gründen für Russland unannehmbar ist. Das Mittelrussische Beratungszentrum in Wladimir hat deshalb mit Unterstützung der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau eine Studie erstellt, die nach dem Demokratieverständnis in Russland fragt. Aus den Befragungsergebnissen wird deutlich, dass die Mehrheit der Russen – auch wenn die demokratische Praxis im heutigen Russland unzureichend entwickelt ist – die Zukunft ihres Landes mit dem Weg zur Demokratie verbindet. Problematisch erscheint die Oberflächlichkeit der Sympathie für demokratische Werte und das Misstrauen, das gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen entgegengebracht wird.

Einleitung

In den letzten fünfzehn Jahren durchlebt Russland einen Prozess der gesellschaftlichen Transformation. Einer der wichtigsten Aspekte dieses Prozesses ist die Demokratisierung des politischen Lebens. Mit der Verabschiedung der Verfassung im Dezember 1993 entstand eine ganze Reihe von demokratischen Institutionen – das Mehrparteiensystem, das Parlament, freie Medien, lokale Selbstverwaltung, usw. Dennoch bleibt die Frage umstritten, ob der demokratische Weg in Russland unumkehrbar ist.

- Erstens haben seit Beginn der demokratischen Reformen die oppositionellen Kräfte zielgerichtet propagiert, dass in Russland Demokratie aus historischen Gründen unannehmbar ist.
- Zweitens führte der objektive Mangel an politischer Kultur unter den Russen dazu, dass sich die staatlichen Institutionen nicht so sehr als Ergebnis der freien Willensäußerung der Bürger, sondern eher unter Einfluss manipulierender politischer Technologien herausbilden, wobei die Rolle der Manipulation umso größer wird, je höher die Ebene in der Machthierarchie ist. Wie unsere Studie gezeigt hat, weigern sich deshalb nicht weniger als 40% der Russen zu wählen, da sie nicht an die Ehrlichkeit der Wahlen glauben.
- Drittens haben sich die entstandenen demokratischen Institutionen als äußerst schwach und hilflos erwiesen. Die Mehrzahl der politischen Parteien

ist in den Regionen nur sehr schwach vertreten, die einflussreichsten Massenmedien sind unter Kontrolle des Staates, die lokale Selbstverwaltung hat keine zuverlässigen organisatorischen und wirtschaftlichen Ressourcen.

- Schließlich scheinen die Machthaber selbst an der Effektivität demokratischer Prozeduren zu zweifeln: Vor kurzem wurde entschieden, die allgemeinen Wahlen der Gouverneure durch indirekte

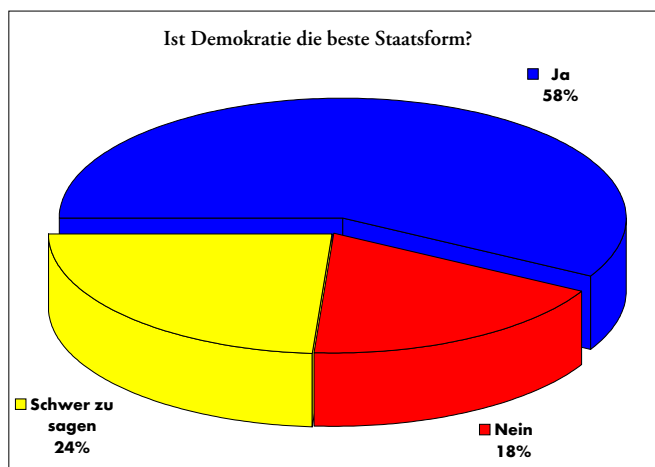
Abstimmung in den regionalen Parlamenten über Kandidaten zu ersetzen, die vom Präsidenten der Russischen Föderation vorgeschlagen werden.

Insgesamt sind deshalb die Perspektiven der demokratischen Entwicklung in Russland durchaus nicht eindeutig.

Aus diesen Gründen sind die folgenden Fragen besonders aktuell:

- In welchem Maß stimmen die Russen mit demokratischen Werten überein?
- Halten sie Demokratie für die effektivste Staatsform?

Den Antworten auf diese Fragen widmet sich die vorliegende Untersuchung. Die Befragung wurde von Ende August bis Anfang Oktober 2004 mit standardisierten Fragebögen durchgeführt. Insgesamt wurden 2359 Personen in vier Regionen Russlands befragt, die sich sowohl durch ihre geographisch-territoriale Lage als auch durch Besonderheiten der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung



unterscheiden: Gebiet Astrachan (Süden Russlands – 617 Personen), Republik Baschkortostan (Südlicher Ural, multinationale Region – 593 Personen), Sankt Petersburg und angrenzende Gebiete (Großstadt im Nordwesten Russlands – 554 Personen), Gebiet Rjasan (Zentralrussland – 595 Personen).

Die allgemeine Beurteilung von Demokratie als Staatsform

In den letzten fünf Jahren – das wissen wir aus früheren Studien – verstanden sich mehr als die Hälfte der russischen Bürger (zwischen 52% und 56%) als Anhänger demokratischer Ideen. Auch in der vorliegenden Untersuchung vertritt mehr als die Hälfte der Befragten (58%) die Ansicht, dass Demokratie die beste Staatsform ist. Eine solche Behauptung bestreiten nur 18% der Befragten. (siehe Grafik auf Seite 2)

Während sich die Befragten insgesamt für Demokratie als beste Staatsform aussprechen, beurteilen sie den aktuellen Stand der Demokratisierung in Russland sehr nüchtern. Wie die nebenstehende Grafik veranschaulicht, neigen sie zu der Beurteilung, dass es noch zu früh sei, in Russland von Demokratie zu sprechen, obwohl die Entwicklung in diese Richtung führe. 41 Prozent sind dieser Meinung.

Gleichzeitig zeigen die Studienergebnisse, dass 2004 fast die Hälfte der Russen in der nahen Zukunft gern einen demokratischen Staat haben würden, der auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit aufgebaut ist. Außerdem hat sich die Zahl der Befürworter von Demokratie über das letzte Jahr vergrößert – sowohl unter den Jugendlichen (von 46 auf 53 Prozent) als auch unter der älteren Generation (von 28 auf 38 Prozent). (siehe die Grafiken auf Seite 6)

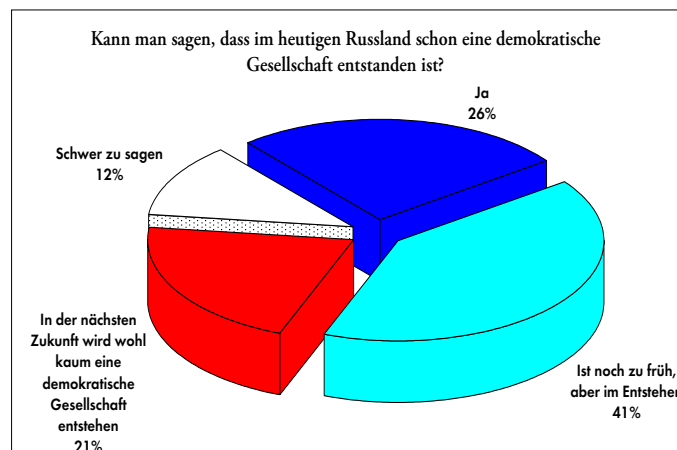
Der „demokratische Staat“ (grüne Kurve) hat sich gegenüber der Auffassung vom Staat als einer „starken Macht“ (schwarze Kurve) als die attraktivere Variante erwiesen. Die relative Mehrheit der Jugendlichen votiert seit 2002 für den „demokratischen Staat“, während dies unter den Vertretern der älteren Generation neben Herbst 2004 zum letzten Mal im Frühling 2001 der Fall war. In der älteren Generation ist im Herbst 2004 zum ersten Mal seit vier Jahren das Interesse an einem „sozialistischen Staat“ deutlich gesunken. An einem solchen Staat ist das Interesse unter den Jugendlichen

seit langem gering. Der Anteil der Jugendlichen, die eine sozialistische Entwicklung Russlands begrüßen würden, bewegt sich in den letzten Jahren um zehn Prozent.

Die Auffassungen der Russen darüber, was Demokratie ist

Wie die Forschungsergebnisse zeigen, wird Demokratie von den Russen in erster Linie als ein System der Absicherung der rechtlichen und sozialen Gleichheit gesehen und nur in zweiter Linie als ein besonderes System der Machtverhältnisse. Den Befragten wurde ein Katalog von Begriffen vorgelegt. Davon konnten sie bis zu fünf Begriffe ankreuzen, die sie für besonders zutreffend hielten.

- Als einen besonders charakteristischen Begriff für „Demokratie“ nennen 51 Prozent Gleichheit vor dem Gesetz und soziale Gleichheit, 41 Prozent Unzulässigkeit einer scharfen Aufteilung in Reiche und Arme.
- Merkmale von Demokratie, die das System der Machtorganisation enger beschreiben, wurden erst in zweiter Linie genannt: 32 Prozent Wahlen in einem Mehrparteiensystem; 29 Prozent politische Rechte und Freiheiten der Bürger; 28 Prozent



Beteiligung der Bürger an der Regierung des Staates mit der Möglichkeit zu wählen und gewählt zu werden; 24 Prozent das Prinzip der Gewaltenteilung; 18 Prozent die Möglichkeit, wichtige Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene ohne Weisung durch das Zentrum herbeizuführen.

- Ein relativ großer Teil der Russen – fast ein Viertel – sieht Demokratie einfach als die Macht des Volkes an.
- Einen Mittelplatz nehmen politisch-wirtschaftliche Merkmale ein: 21 Prozent nennen Privateigentum und die Möglichkeit ein Unternehmen zu betreiben, 10 Prozent die gesellschaftliche Kontrolle über die bedeutenden Rohstoffe des Landes.
- Nur 17 Prozent der Russen verbinden Demokratie mit Unabhängigkeit der Medien von politischer Zensur.
- Die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheit als Merkmal von Demokratie nimmt einen sehr geringen Stellenwert ein. Nur 13 Prozent verbinden

Demokratie mit der Verteidigung der Rechte der Minderheit – ein Ergebnis, das vielleicht mit russischer Geschichte und Tradition verbunden ist.

- Den geringsten Stellenwert überhaupt nimmt die Herrschaft der Mehrheit ein: Nur sieben Prozent betrachten die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit als ein besonderes Merkmal von Demokratie.

Wen die Russen als Garant der demokratischen Entwicklung ansehen

Demokratie kann nicht existieren und sich nicht entwickeln, wenn nicht gewährleistet ist, dass sie aufrechterhalten und verteidigt wird. Offenbar gibt es aber kaum Persönlichkeiten, gesellschaftliche Gruppen oder Institutionen, denen man diese Rolle zubilligt (siehe die Tabelle auf Seite 7). Fast zwei Drittel der Russen meinen, dass der Präsident diese Garantie darstellt. Mit den politischen Parteien und mit der Regierung verbinden nicht einmal halb so viele Russen diese Hoffnung (27 bzw. 28 Prozent). Die Rolle der Medien wird noch geringer eingeschätzt – nur jeder fünfte Befragte sieht sie als Garant der Demokratie an. Den geringsten Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie haben nach Meinung der Befragten die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Bürgermeister, die Abgeordneten des Oberhauses (Föderationsrat), die silowiki (Staatsschutz) und andere Beamte der Machtorgane, sowie als Schlusslicht die Großunternehmer.

Beurteilung der wichtigsten Rechte und Freiheiten

Wie schon im dritten Abschnitt erwähnt, zählt nicht einmal ein Drittel der Russen politische Rechte und Freiheiten der Bürger zu den wichtigsten Merkmalen von Demokratie.

Die langjährigen Beobachtungen des Mittelrussischen Beratungszentrums zeigen, dass in der Hierarchie der Rechte und Freiheiten die Rechte zum Schutz vor Willkür und der Block der sozialen Rechte, die mit der Sicherstellung von Arbeit, kostenloser Bildung und kostenloser medizinischer Versorgung zusammenhängen, die ersten fünf Positionen einnehmen. Die vorliegende Studie ist keine Ausnahme:

- 43 Prozent rechnen das Recht auf *Leben* zu den wichtigsten Rechten der Bürger.
- 32 Prozent nennen das Recht auf kostenlose *medizinische Hilfe* – das ist die zweithäufigste Nennung.
- Unter den persönlichen Freiheiten hat mit 28 Prozent nur die *Redefreiheit* einen relativ hohen Rang. Das Recht auf *Informationsfreiheit* und auf *Religionsfreiheit* halten jeweils nur 15% der Befragten für wichtig, das Recht auf *freies Unternehmertum* 12 Prozent. Mit 9 Prozent als unbedeutend gilt das Recht der *freien Ausreise* aus dem Land.

- Unter den klassischen bürgerlichen Rechten erscheint nur das *Recht auf Eigentum* bedeutend (22 Prozent). Sieben Prozent halten das Recht, seine Vertreter in die staatlichen Institutionen zu *wählen*, für wichtig. Die *Vereinigungsfreiheit*, darunter auch das Recht Gewerkschaften zu gründen, bildet das Schlusslicht: Fünf Prozent vermerken es als wichtiges Recht der Bürger.

Insgesamt werden – wie auch schon in früheren Befragungen – gerade die Rechte und Freiheiten für am wenigsten erforderlich gehalten, die das Fundament einer demokratischen Gesellschaft darstellen. Wie schon im sowjetischen Sozialismus werden nicht die Rechte an erster Stelle genannt, die die persönliche Freiheit und Unabhängigkeit sichern, sondern jene, die den sozialen Schutz garantieren. Die Erwartung väterlicher Hilfe von Seiten des Staates bleibt dementsprechend fest verankert.

Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen

In den letzten vier Jahren hat die positive Bewertung der Situation im Lande deutlich zugenommen. Man könnte meinen, dass dies auf eine gewisse Stabilität in der Gesellschaft schließen lässt. Die Analyse des Vertrauens und Misstrauens in die wichtigsten Institutionen führt jedoch eher zu einer gegenteiligen Schlussfolgerung. Danach vertrauen die Befragten im Grunde niemandem außer dem Präsidenten (+0,44) und der Kirche (+0,21). Das größte Misstrauen wird den Großunternehmern (-0,39), den politischen Parteien (-0,33) und den Massenmedien (-0,32) entgegengebracht. Besonders ausgeprägt ist auch das mangelnde Vertrauen in die Abgeordneten von Unterhaus (Staatsduma) und Oberhaus (Föderationsrat). Etwas besser schneiden die Leiter der Regionen und der lokalen Selbstverwaltung ab. Allerdings vertraut auch ihnen ein großer Teil der Befragten nicht (-0,08). Hervorzuheben ist, dass noch im Frühling 2004 neben dem Präsidenten und der Kirche auch der Inlandsgeheimdienst FSB zu den Institutionen gehörte, die Vertrauen erwecken. Heutzutage wird dieser Einrichtung eher nicht vertraut (-0,08). (siehe die Grafik auf Seite 1) Insgesamt sollte man eher von Misstrauen als von Vertrauen in Bezug auf die verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sprechen. Natürlich ist es als positiv anzusehen, dass der Präsident weiterhin ein hohes Rating hat. Dennoch kann eine Situation, in der alle Institutionen des Staates und der Gesellschaft bis auf diese Ausnahme nicht das Vertrauen der Bevölkerung besitzen, nicht als stabil angesehen werden.

Zu verstärkter Besorgnis über die institutionelle Stabilität der russischen Demokratie gibt das Ergebnis Anlass, dass fast alle sozialen Ängste zugenommen haben. Dass die Furcht vor Krieg und vor der Bedrohung

durch Terrorismus gewachsen ist, lässt sich durch die Zuspitzung der Situation im Nordkaukasus nach den Ereignissen in Beslan erklären. Es ist kein Zufall, dass diese Ängste besonders stark in den südlichen Regionen ausgeprägt sind.

Die sozioökonomischen Ängste haben jedoch ebenfalls zugenommen, so z. B. die Furcht vor Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren geringer geworden war, die Angst vor Armut und davor, nicht die gewünschte Ausbildung zu erhalten, sowie die Furcht vor Verbrechen und Gewalt. Am ungünstigsten in dieser Hinsicht schneidet die Gebiet Rjasan ab, wo diese Art Befürchtungen unter den Bürgern besonders verbreitet sind.

Zusammenfassung

Die Studie hat gezeigt, dass die Russen eine durchaus positive Einstellung zur Demokratie haben – 56 Prozent der Befragten sind Anhänger von demokratischen Ideen, 58 Prozent stimmen damit überein, dass Demokratie die beste Staatsform ist. Dennoch sollte man diese Zahlen nicht überschätzen:

- Die *Neigung* zu demokratischen Ideen ist nicht gleichbedeutend mit einer tiefgehenden Auseinandersetzung und *Identifikation* mit diesen. Die Studienergebnisse zeugen davon, dass viele Russen sich nur aus Ablehnung kommunistischer und nationalistischer Wertevorstellungen einerseits und liberaler Wertevorstellungen andererseits zugunsten von demokratischen Ideen entscheiden.
- Unter Demokratie verstehen die Russen in erster Linie ein *System rechtlicher und sozialer Gleichheit* und nur in zweiter Linie ein besonderes System der *Einbeziehung der Bürger* in die Machtverhältnisse. Die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheit als Merkmal von Demokratie nimmt einen *sehr ge-*

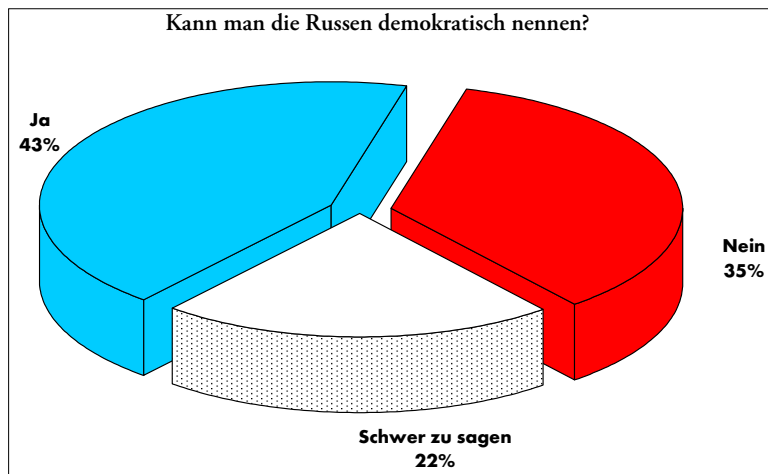
ringen Stellenwert ein. Besonders überraschend ist, dass nur sieben Prozent der Russen die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit als ein charakteristisches Merkmal von Demokratie ansehen. Das *Herrschaftsprinzip der Mehrheit* ist damit noch unwichtiger für die Russen als die Verteidigung der Minderheitsrechte. Es wird als das unbedeutendste Merkmal von Demokratie überhaupt eingestuft.

- Zweifellos werden gerade die *Rechte und Freiheiten* als weniger erforderlich angesehen, die das Fundament einer demokratischen Gesellschaft bilden – die Freiheit zu wählen und gewählt zu werden, die Redefreiheit, die Vereinigungsfreiheit zur Organisation der eigenen Interessen. Wie zur Zeit des sowjetischen Sozialismus werden nicht die Rechte für besonders wichtig gehalten, die persönliche Freiheit und Unabhängigkeit garantieren, sondern jene, die *soziale Absicherung* versprechen. Die Erwartung väterlicher Hilfe von Seiten des Staates existiert fort.

Die Russen betrachten offenbar Wladimir Putin als den einzigen starken Garanten für die Entwicklung der Demokratie in

Russland. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Russen außer dem Präsidenten und der Kirche keinen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen vertrauen. Natürlich muss man es als positiv ansehen, dass der Präsident weiterhin ein hohes Rating hat. Dennoch kann eine Situation, in der alle Institutionen des Staates und der Gesellschaft bis auf eine nicht das Vertrauen der Bevölkerung besitzen, nicht als stabil angesehen werden. Tatsächlich gründet sich die gegenwärtige Stabilität im Übermaß auf das Vertrauen der Bevölkerung in Präsident Putin.

Redaktion: Hans-Henning Schröder



Über die Autoren

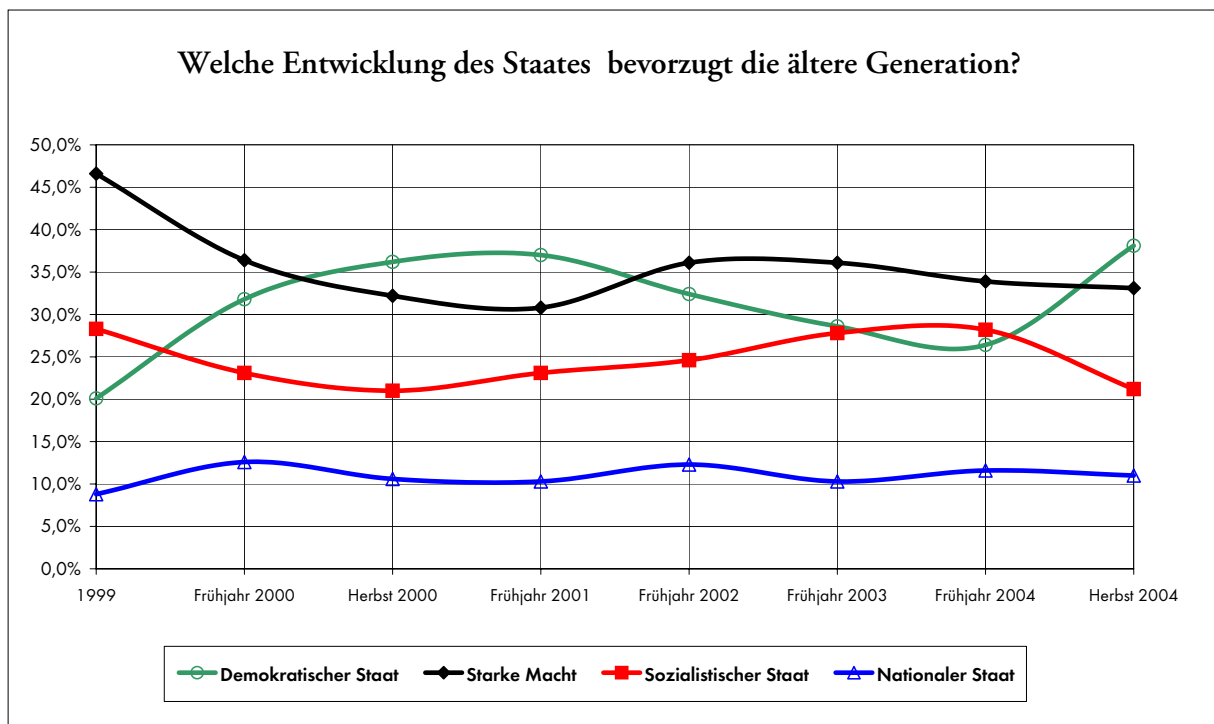
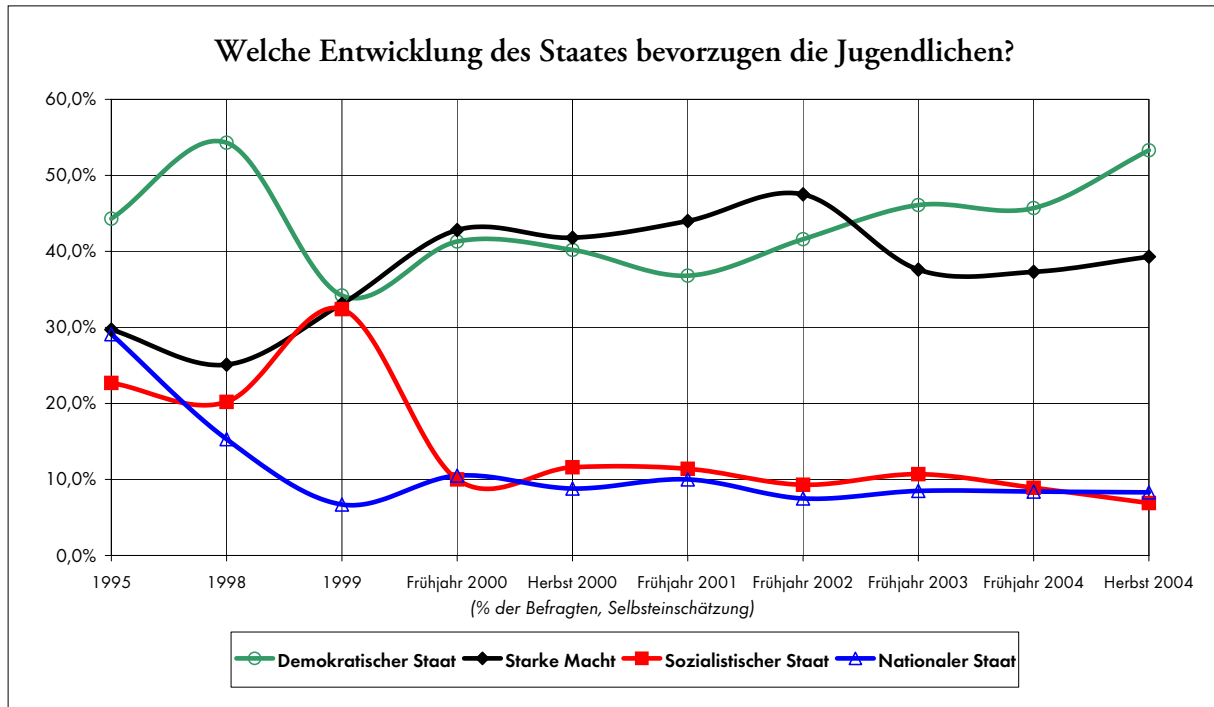
Dr. Matthes Buhbe ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, Frau Elisabeth Beckmann ist Praktikantin im FES-Büro Moskau.

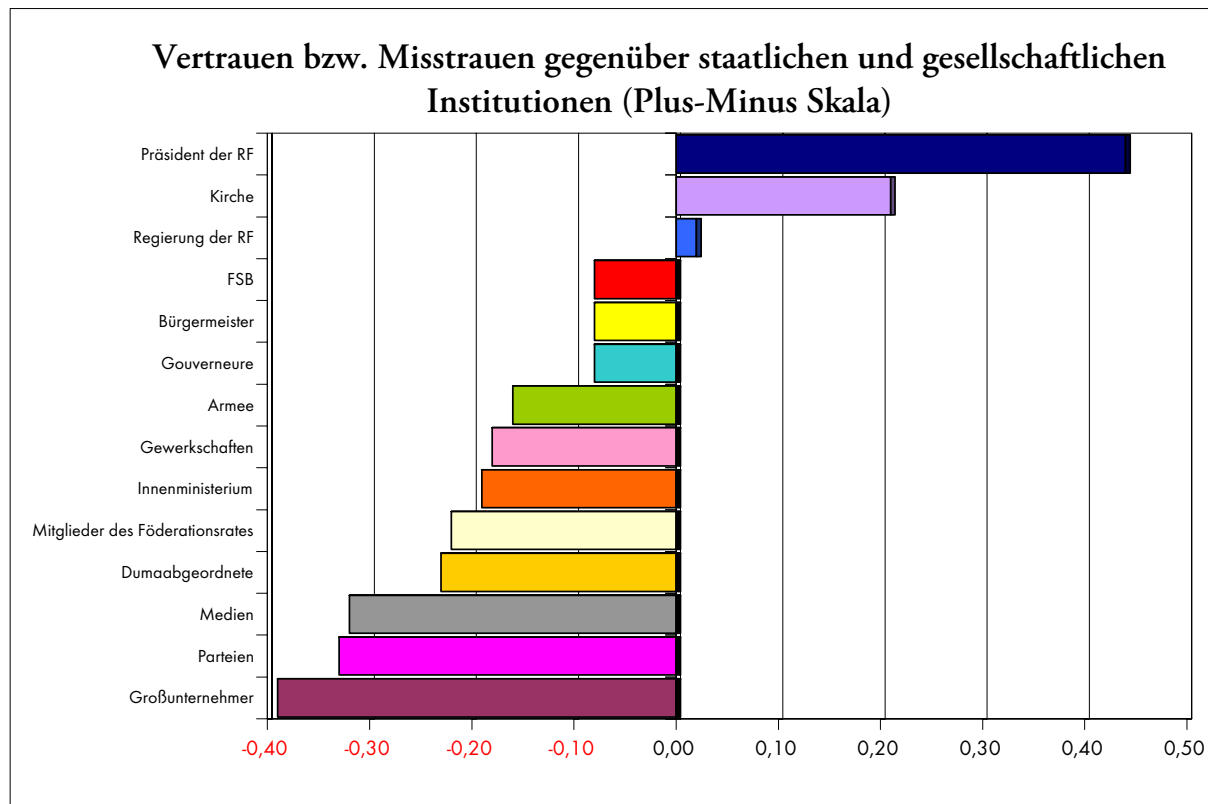
Lesetipp

Mittelrussisches Beratungszentrum mit Unterstützung der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung Moskau: Russische Demokratie – ein Gegenwartsbild. Werte und Institutionen der Demokratie im Bewusstsein der Russen. Kurze Darlegung der Ergebnisse. Projektleiter und Autoren: D.I. Petrosjan und I.W. Swinzow, Wladimir, November 2004 (in einer Bearbeitung von Dr. Matthes Buhbe und Elisabeth Beckmann, Moskau, Februar 2005)

Tabellen und Grafiken zum Text

Werte und Institutionen im Bewusstsein der Russen





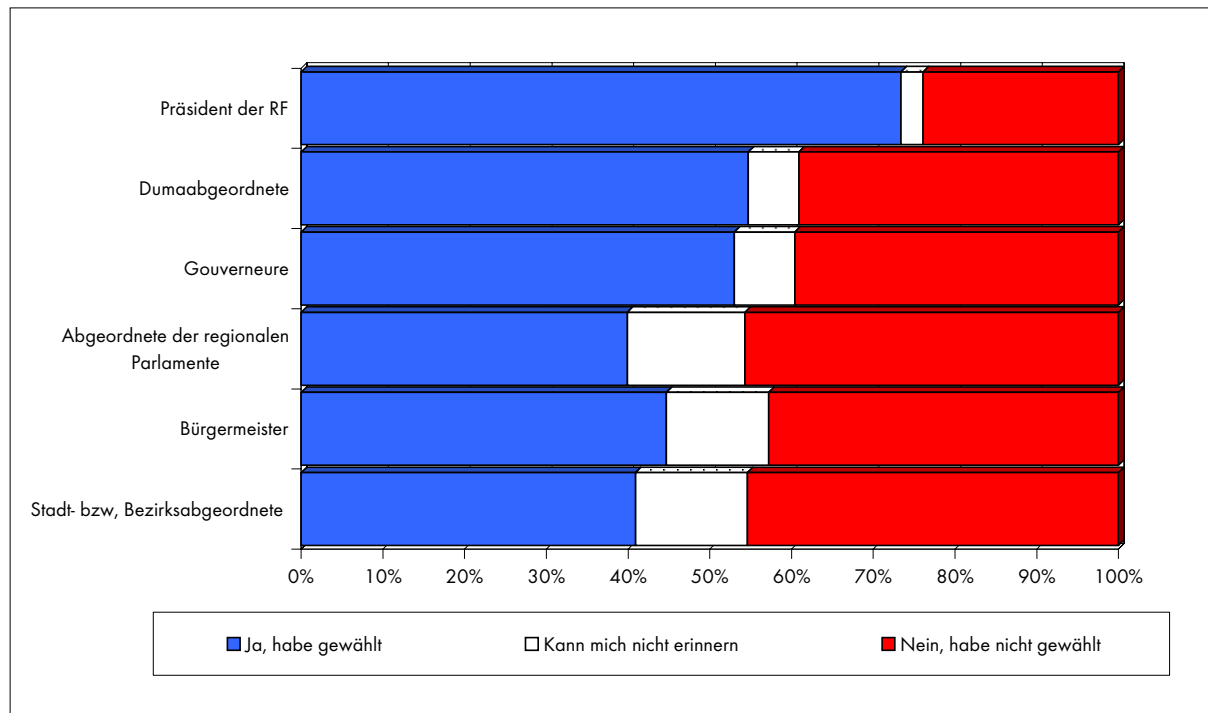
Wer vor allem ist ein Garant für Demokratie in Russland?

(mehrfache Antwortmöglichkeit – relativer Anteil an den Antworten in Prozent)

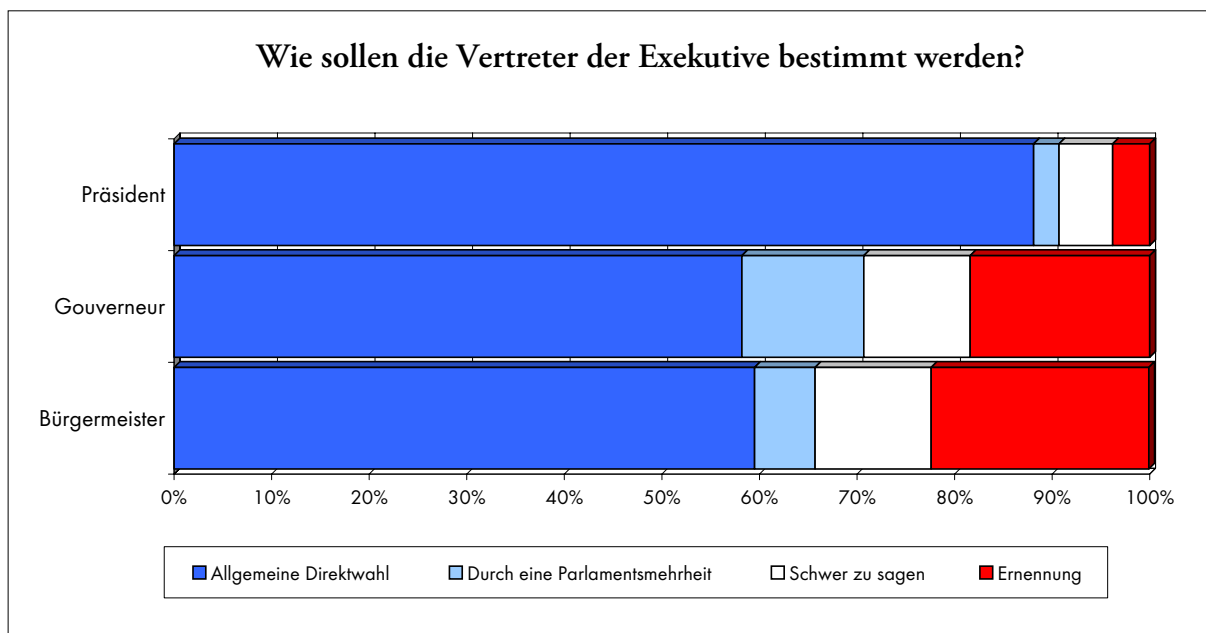
	Gesamte Stichprobe	Gebiet Astrachan	Republik Baschkortostan	Gebiet Rjasan	Sankt Petersburg
Politische Parteien	27,7%	29,8%	31,4%	21,8%	27,8%
Massenmedien	21,5%	13,4%	22,7%	17,2%	34,1%
Zivilgesellschaftliche Organisationen	9,0%	2,3%	11,0%	15,3%	7,6%
Justiz- und Polizeiapparat,	14,8%	11,4%	15,1%	18,0%	14,9%
Dumaabgeordnete	14,2%	17,1%	8,0%	16,3%	15,0%
Abgeordnete des Föderationsrates	6,6%	6,0%	2,5%	13,2%	4,4%
Präsident der RF	63,9%	66,6%	61,1%	57,0%	71,4%
Regierung der RF	26,9%	37,6%	24,2%	18,6%	27,0%
Gouverneure	13,1%	14,7%	14,6%	13,4%	9,1%
Bürgermeister	7,4%	7,5%	5,3%	8,8%	8,0%
Großunternehmer	4,8%	5,5%	4,6%	4,1%	5,0%
Verantwortliche der staatlichen Macht	6,4%	4,7%	7,3%	7,6%	6,1%
Zahl der Befragten	2.268	598	563	582	525

Beteiligung der Befragten an den letzten Wahlen

(Angaben in Prozent der Befragten)



Wahlen:	Ja, habe gewählt	Nein, habe nicht gewählt	Kann mich nicht erinnern	Gesamtzahl der Beantworter
Präsident der RF	73,4%	23,9%	2,7%	2.220
Dumaabgeordnete	54,7%	39,1%	6,2%	2.079
Gouverneure	53,0%	39,6%	7,4%	2.091
Abgeordnete der regionalen Parlamente	39,9%	45,7%	14,4%	2.064
Bürgermeister	44,7%	42,8%	12,5%	2.005
Stadt- bzw, Bezirksabgeordnete	40,9%	45,4%	13,7%	2.057



Sollten grundlegende Fragen in Volksabstimmungen entschieden werden?

(in Prozent der Gesamtanzahl der Befragten, man konnte mehrere Antworten wählen)

	Gesamte Stichprobe	Gebiet Astrachan	Republik Baschkortostan	Gebiet Rjasan	Sankt Petersburg
Aufnahme weiterer Mitglieder in die RF	18,8%	27,0%	11,1%	18,5%	16,3%
Beitritt in internationale Organisationen (WTO, EU)	19,4%	18,4%	12,7%	19,9%	25,7%
Verfassungsänderungen (Amtszeit des Präsidenten)	38,7%	31,0%	31,9%	40,0%	52,2%
Union mit anderen Staaten (z.B. Weißrussland)	27,1%	24,6%	22,9%	26,5%	34,3%
Grenzänderungen der RF	14,5%	16,5%	12,1%	13,7%	15,2%
Nationalis. / Privatisierung von Bodenschätzen	25,7%	20,3%	14,9%	28,4%	38,4%
Vereinigung von Regionen zu einem Föderationssubjekt	19,0%	22,9%	9,0%	21,7%	19,9%
Armee reform (Übergang zur Berufsarmee)	27,3%	25,8%	31,9%	25,4%	26,0%
Todesstrafe als höchstes Strafmaß	23,4%	24,1%	16,1%	23,3%	29,3%
Andere Fragen	1,7%	0,7%	0,0%	4,3%	1,1%
Beantworter insgesamt	1.545	423	323	437	362

Quelle: Mittelrussisches Beratungszentrum mit Unterstützung der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung Moskau: Russische Demokratie - ein Gegenwartsbild. Werte und Institutionen der Demokratie im Bewusstsein der Russen. Kurze Darlegung der Ergebnisse. Projektleiter und Autoren: D.I. Petrosjan und I.W. Swinzow, Wladimir, November 2004 (in einer Bearbeitung von Dr. Matthes Bubbe und Elisabeth Beckmann, Moskau, Februar 2005)

Umfrage

Die Perestrojka im Urteil der Russen

20 Jahre nach der Wahl Gorbatschows

Matthes Buhbe

Am elften März 1985 wurde Michail Gorbatschow zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewählt. Bald darauf steuerte er einen Kurs größerer Transparenz (*Glasnost*) und des Umbaus (*Perestrojka*). Seitdem sind 20 Jahre vergangen. Ob das Land die Perestrojka brauchte und was sie den Russen brachte, ist ein ständiges Thema geblieben.

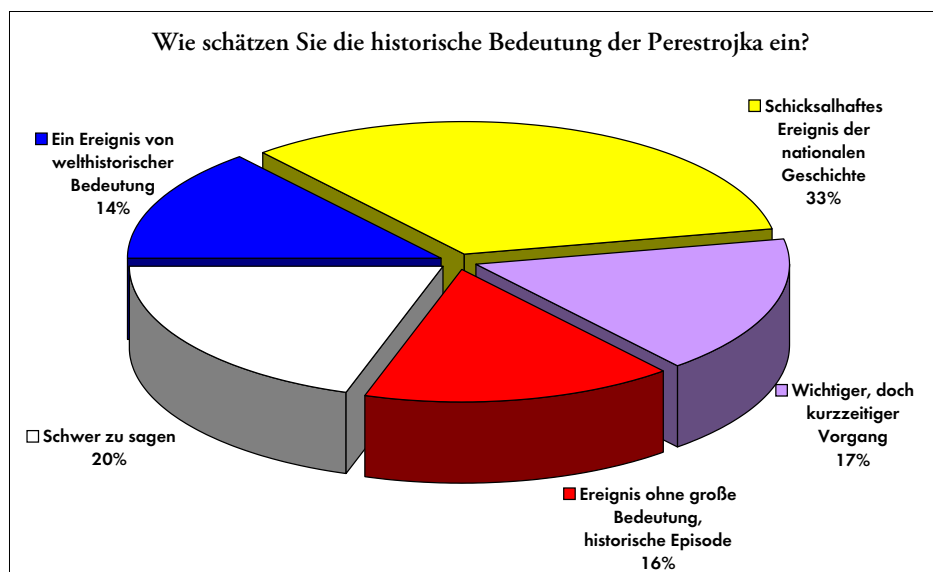
Die vorliegende Studie basiert auf einer Befragung von 1750 repräsentativ ausgewählten Russen aus dem Januar und Februar 2005. Außerdem wurden einige frühere Umfragen zum Vergleich herangezogen, um veränderte Einstellungen festhalten zu können, die sich über die Zeit ergeben haben mögen.

Anfang 2005 meint ein Drittel Russen, dass die Sowjetunion auch ohne umfassende und tief greifende Reformen hätte fortbestehen können, als Michail Gorbatschow an die Macht kam. **46 Prozent** sind jedoch der Auffassung, dass Reformen unumgänglich gewesen seien. Die übrigen haben keine klare Meinung. Gemäß einer Untersuchung der „Stiftung Gesellschaftliche Meinung“ FOM aus dem Jahre 1995 waren es vor zehn Jahren umgekehrt 45 Prozent der Befragten, die die Reformen für nicht unbedingt notwendig und **40 Prozent**, die sie für notwendig gehalten haben (unentschlossen: 15 Prozent). (Siehe Graphik und Tabelle auf Seite 11)

Dabei tendieren die jüngeren Russen, die in der Epoche nach Gorbatschow aufgewachsen sind, zu einer weitaus positiveren Beurteilung als die Generation ihrer Väter und Großväter, was die Notwendigkeit der Perestrojka betrifft. (Siehe Tabelle auf Seite 11).

Merkwürdigerweise wird zwar die Perestrojka als solche mehrheitlich negativ beurteilt, eine Vielzahl von Ereignissen und Prozessen hingegen, die für diese Zeit kennzeichnend waren, positiv, wie z.B. der Rückzug aus Afghanistan und die Beendigung des Kalten Krieges. Michail Gorbatschow als Person findet insbesondere unter der jüngeren und gebildeteren Bevölkerung eine positivere Beurteilung als der von ihm begonnene Umbau. Im Vergleich mit der Jelzin-Zeit schneidet die Ära Gorbatschow vergleichsweise günstig ab. (Siehe Graphik auf Seite 15)

Es sollte erwähnt werden, dass die Russen in der Perestrojka mehrheitlich kein bedeutendes oder gar **welthistorisches Ereignis** sehen. Wie die Grafik zeigt, wird sie eher als eine Übergangsperiode betrachtet: Historisch unbedeutend (16%) oder zwar wichtig, aber nur für die unmittelbare Zeitgeschichte (17%). In dieser Meinung weicht die russische Bevölkerung deutlich von den Wahrnehmungen im übrigen Europa ab. (Siehe Graphik auf dieser Seite)

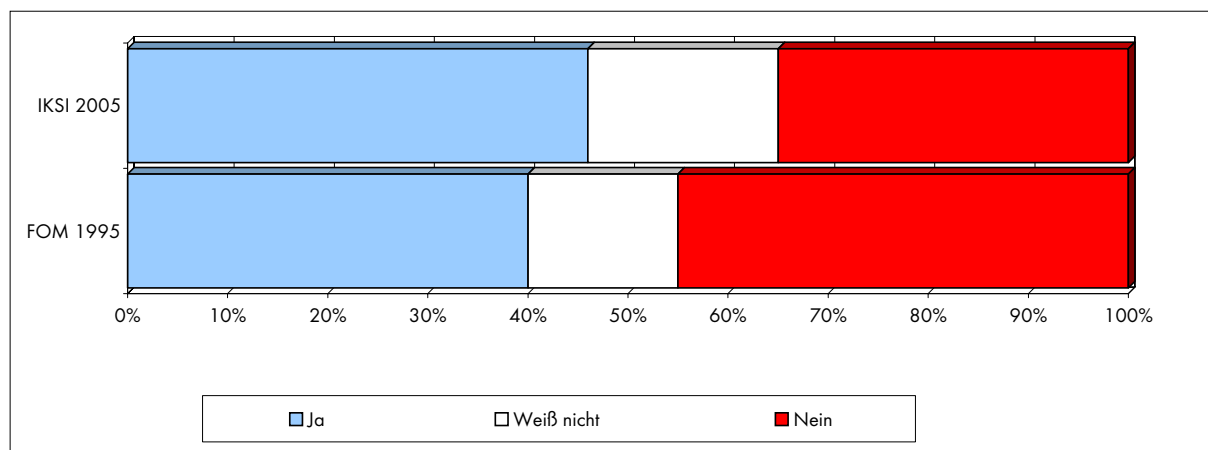


Die vollständige Studie ist nachgewiesen unter dem Titel:

Die Perestrojka im Urteil der Russen. 20 Jahre nach der Wahl Gorbatschows. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Moskau, März 2005. Leiter der Studie: Prof. Dr. Michail Gorschkow, Direktor des Instituts für komplexe Gesellschaftsstudien der Russischen Akademie der Wissenschaften IKSI. Kommentierte Auswahl einiger Ergebnisse Bearbeitung: Dr. Matthes Buhbe

Tabellen und Grafiken zur Perestrojka-Umfrage

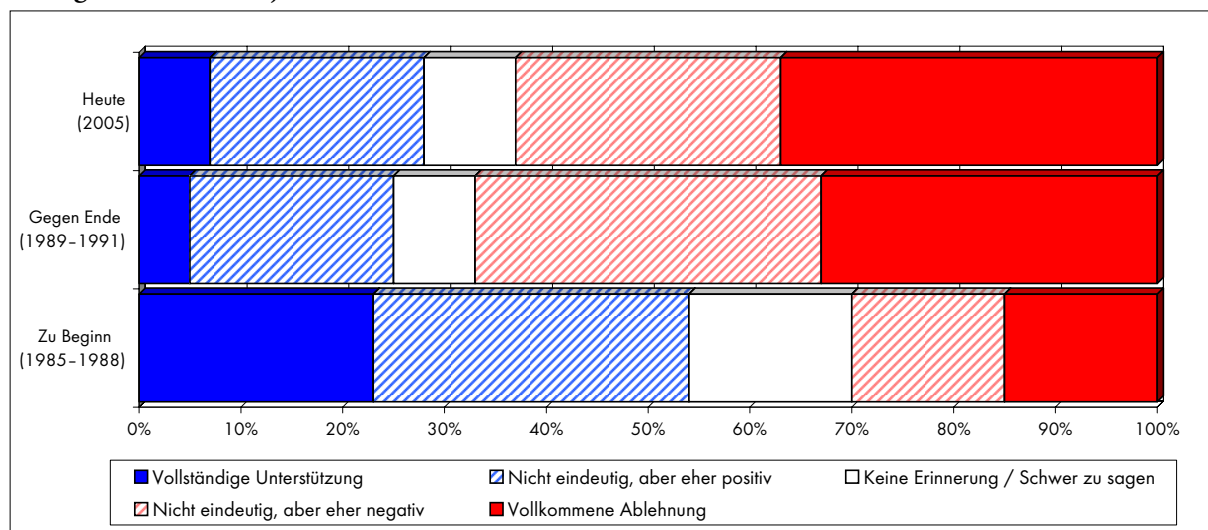
„Musste man eine Perestrojka einleiten?“



Angaben der IKSI-Befragung 2005

	Ja	Nein	Schwer zu sagen
Alle	46%	35%	19%
Alter			
18–25 Jahre	42%	19%	39%
26–30 Jahre	44%	25%	31%
31–40 Jahre	53%	28%	19%
41–50 Jahre	49%	33%	18%
51–60 Jahre	47%	40%	13%
über 60 Jahren	37%	49%	14%
Bildung			
Kein Abschluss	24%	55%	21%
Mittelschulabschluss	35%	42%	23%
Fachschulabschluss	44%	36%	20%
Hochschulabschluss	62%	23%	15%
Promotion, Habilitation	56%	33%	11%
Beruf			
Arbeiter (Bau, Industrie)	40%	38%	22%
Ingenieur (Bau, Industrie)	57%	23%	20%
Intelligenz (Geisteswissenschaften, Kultur)	73%	12%	15%
Mitarbeiter Handel, Verkehr, Dienstleistungen	40%	28%	32%
Angestellte, Staatsangestellte	62%	18%	20%
Kleine und mittlere Unternehmer	72%	15%	13%
Dorfbewohner	34%	48%	18%
Militärs, Sicherheitsorgane	52%	22%	26%
Rentner (Stadt)	43%	43%	14%
Studenten	65%	9%	26%

“In der zweiten Hälfte der 80er Jahre begann die Perestrojka. Erinnern Sie sich an Ihre Einstellung dazu zu Beginn der Perestrojka, am Ende und heute?”



Perestrojka	Zu Beginn (1985–1988)	Gegen Ende (1989–1991)	Heute (2005)
Vollständige Unterstützung	23%	5%	7%
Nicht eindeutig, aber eher positiv	31%	20%	21%
Nicht eindeutig, aber eher negativ	15%	34%	26%
Vollkommene Ablehnung	15%	33%	37%
Keine Erinnerung / Schwer zu sagen	16%	8%	9%

„Wenn Sie glauben, dass 1985 eine Wandel notwendig war, dann aus welchen Gründen?“

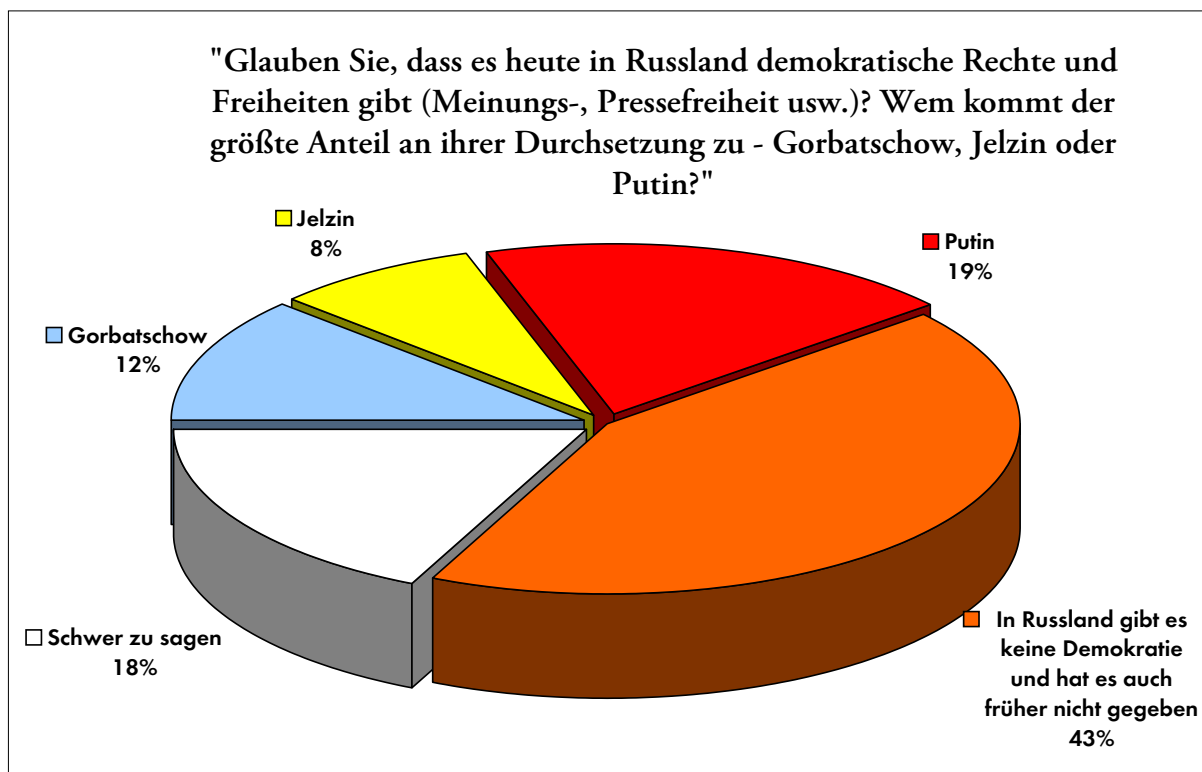
Niedriger Lebensstandard, schlechte Versorgung mit Waren und Dienstleistungen	52%
Krise der Führungselite, Konzentration der Macht in Händen alter Leute, die nicht in der Lage waren, die Probleme des Landes zu lösen	37%
Tiefe Wirtschaftskrise	31%
Die Privilegien der Nomenklatura, die der Mehrheit der Bevölkerung unzugänglich waren	30%
Wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber dem Westen	29%
Monopol eine Partei, Krise des politischen Systems	28%
Norwendigkeit, politische Rechte und Freiheiten zu entfalten (Freiheit des Wortes, der Presse, Wahlen)	18%
Diskreditierung der Idee des Sozialismus	13%
Militarisierung der Wirtschaft	7%
Verschlechterung der interethnischen Beziehungen, Krise der Nationalitätenpolitik	6%
Anderes	1%
Schwer zu sagen	8%

Russische Haltung zu Gorbatschow und zur Perestrojka

Haltung zur Perestrojka	%	%	Wertung der Tätigkeit Gorbatschows
Völlige Unterstützung	7%	7%	Positiv
Ambivalent, aber eher positiv	21%	29%	Eher positiv als negativ
Ambivalent, aber eher negativ	26%	24%	Eher negativ als positiv
Völlige Ablehnung	37%	25%	Negativ
Schwer zu sagen	9%	15%	Schwer zu sagen

Sind Sie mit folgenden Bewertungen der Rolle Gorbatschows einverstanden oder nicht einverstanden?

	Einverstanden	Nicht einverstanden	Schwer zu sagen
Gorbatschow hat dem Land den Maulkorb und das Nackenjoch abgenommen, hat den Menschen Freiheit gegeben	48%	31%	21%
Gorbatschow ist der Vater des "neuen Denkens", das die verschiedenen Länder, die Welt insgesamt die allgemeinen Werte und Interessen bewusst gemacht hat	29%	42%	29%
Gorbatschow ist während der Perestrojka dem Einfluss des Westens erlegen und hat eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, die für die UdSSR nicht angemessen waren.	54%	17%	29%
Niemals hat die Tätigkeit eines Mannes die Welt so schnell und fundamental verändert wie die Gorbatschows	39%	32%	29%

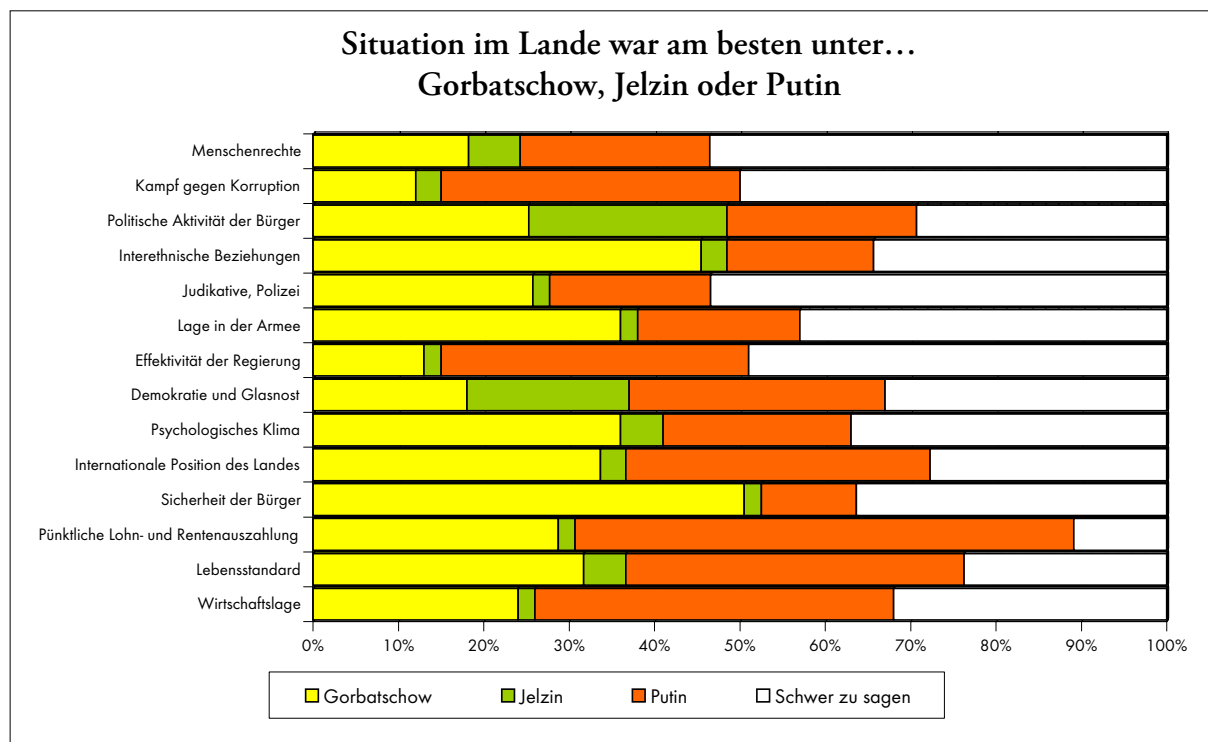


“Was halten Sie für die wesentlichen negativen Folgen der Perestrojka?”

Verlust der Stabilität	57%
Sinken der Moral	56%
Verlust der Sicherheit, des Vertrauens in das Morgen	50%
Schwächung der Ordnung im Land	44%
Verstärkung interethnischer Konflikte	33%
Schwächung der Verteidigungsfähigkeit des Landes	29%
Schwächung der Lenkungs-fähigkeit des Landes	28%
Verlangsamung des Wirtschaftswachstums	27%
Rückgang des russischen Einflusses in der Welt	22%
Absage an die Idee des Sozialismus	21%
Verbreitung der Standards westlicher Lebensweise in Russland	10%
Schwächung und Zerschlagung der KPdSU	8%
Wachsende Versorgungsmängel	6%
Anderes	3%
Ich sehe keine negativen Konsequenzen	2%
Schwer zu sagen	2%

“Was halten Sie für die Haupterrungenschaften der Perestrojka?”

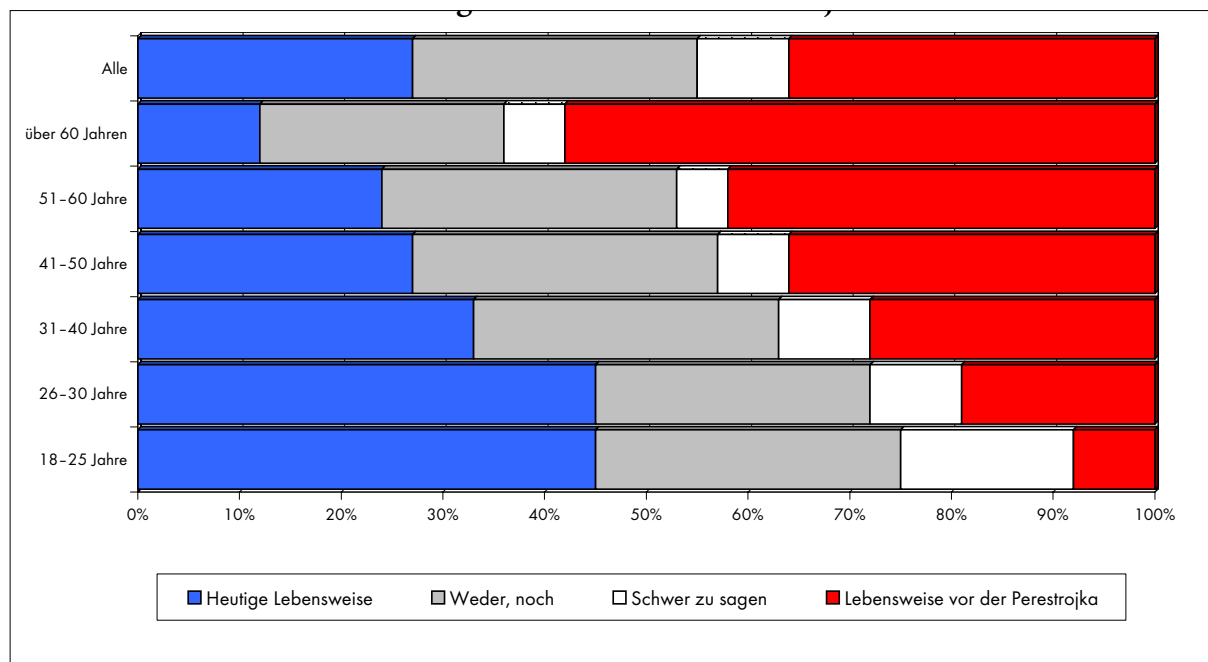
Reisefreiheit	39%
Gedankenfreiheit, Pressefreiheit	38%
Beendigung der Glaubensverfolgung, Verstärkung der Rolle der Kirche in der Gesellschaft	35%
Möglichkeit, sich unternehmerisch zu betätigen	34%
Entwicklung des Privateigentums	33%
Möglichkeit, mehr zu verdienen	28%
Ende des Kalten Krieges und der Bedrohung durch den Atomkrieg	21%
Annäherung der Lebensweise der Sowjetbürger an die Lebensweise der entwickelten Länder	17%
Mehrparteiensystem, Durchsetzung des Wahlprinzips	16%
Bessere Möglichkeiten zur Entfaltung und zu einer eigenen Karriere	15%
Ende der teuren Rüstungsprogramme	8%
Autoritätsgewinn für das Land in der internationalen Politik	8%
Nationale Wiedergeburt der Nationalitäten des Landes	6%
Anderes	1%
Sehe keine Errungenschaften	18%
Schwer zu sagen	3%



Die Situation im Lande war am besten unter... Gorbatschow, Jelzin oder Putin

Im Hinblick auf	Gorbatschow	Jelzin	Putin	Schwer zu sagen
Wirtschaftslage	24%	2%	42%	32%
Lebensstandard	32%	5%	40%	24%
Pünktliche Lohn- und Rentenauszahlung	29%	2%	59%	11%
Sicherheit der Bürger	50%	2%	11%	36%
Internationale Position des Landes	34%	3%	36%	28%
Psychologisches Klima	36%	5%	22%	37%
Demokratie und Glasnost	18%	19%	30%	33%
Effektivität der Regierung	13%	2%	36%	49%
Lage in der Armee	36%	2%	19%	43%
Judikative, Polizei	26%	2%	19%	54%
Interethnische Beziehungen	45%	3%	17%	34%
Politische Aktivität der Bürger	25%	23%	22%	29%
Kampf gegen Korruption	12%	3%	35%	50%
Menschenrechte	18%	6%	22%	53%

“Welche Lebensweise bevorzugen Sie - die heutige oder die vor der Perestrojka?”



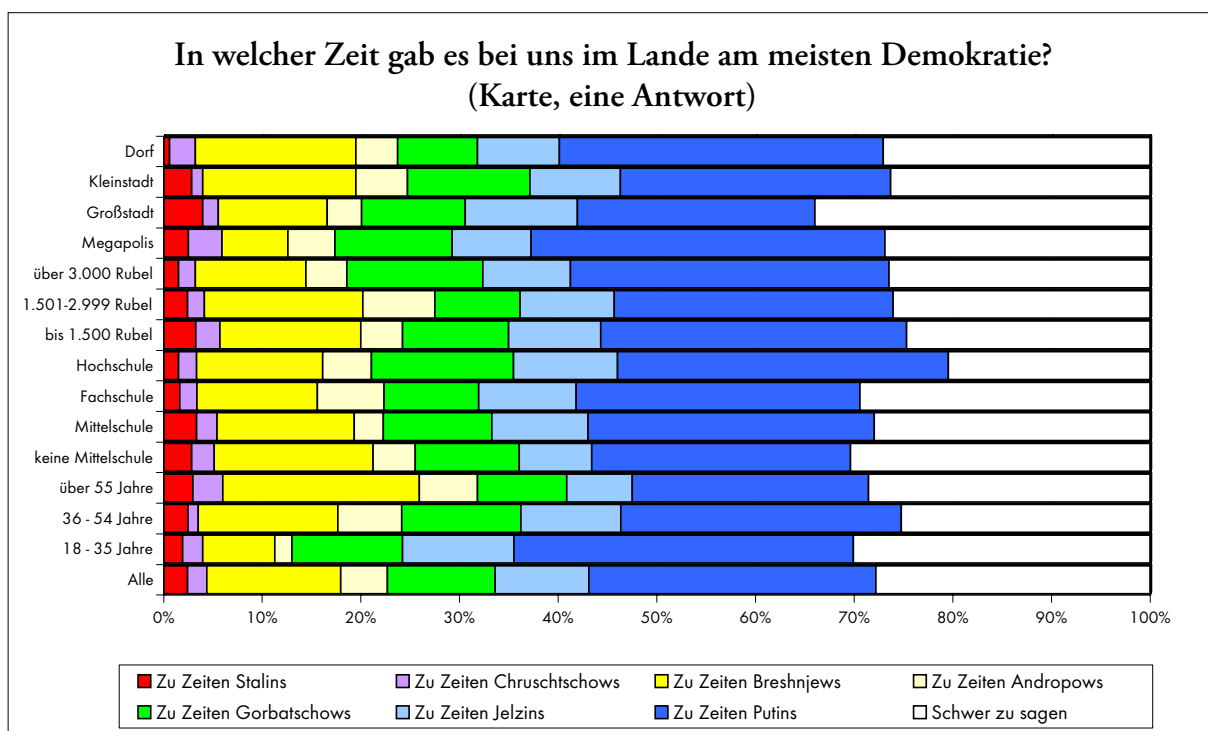
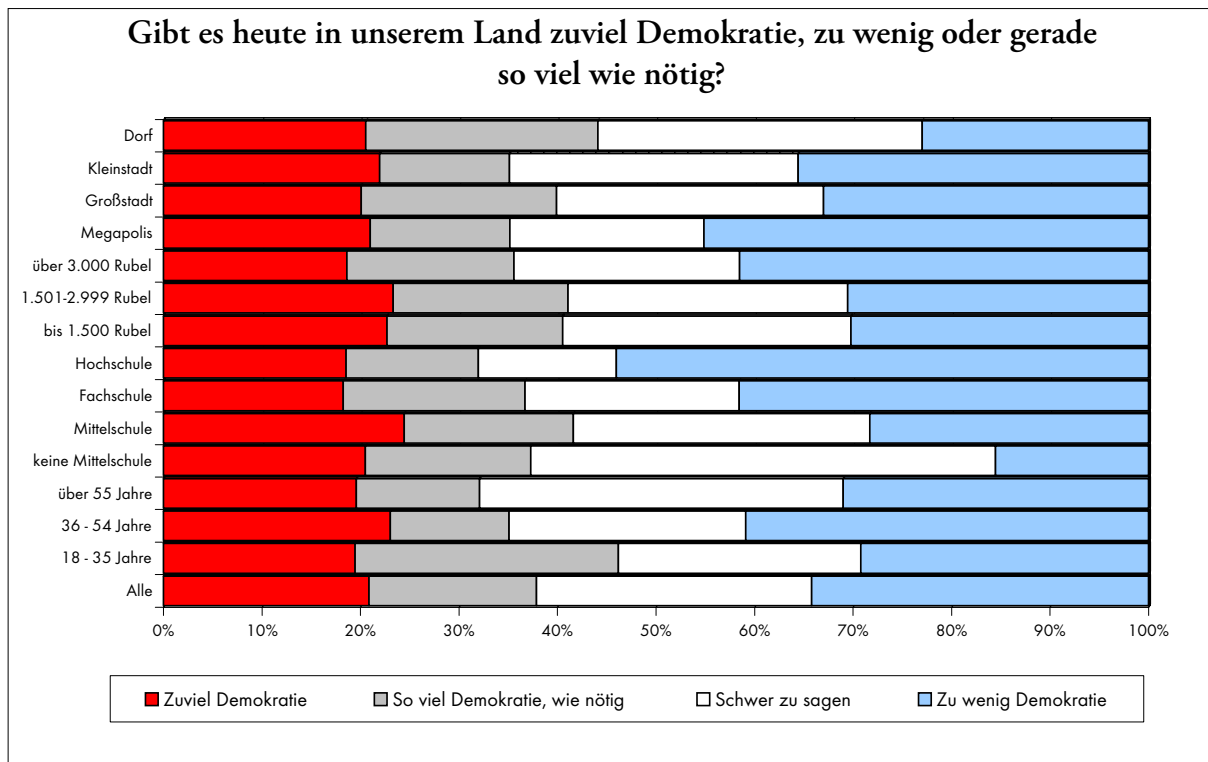
	Heutige Lebensweise	Lebensweise vor der Perestrojka	Weder, noch	Schwer zu sagen
Alle	27%	36%	28%	9%
18-25 Jahre	45%	8%	30%	17%
26-30 Jahre	45%	19%	27%	9%
31-40 Jahre	33%	28%	30%	9%
41-50 Jahre	27%	36%	30%	7%
51-60 Jahre	24%	42%	29%	5%
über 60 Jahren	12%	58%	24%	6%

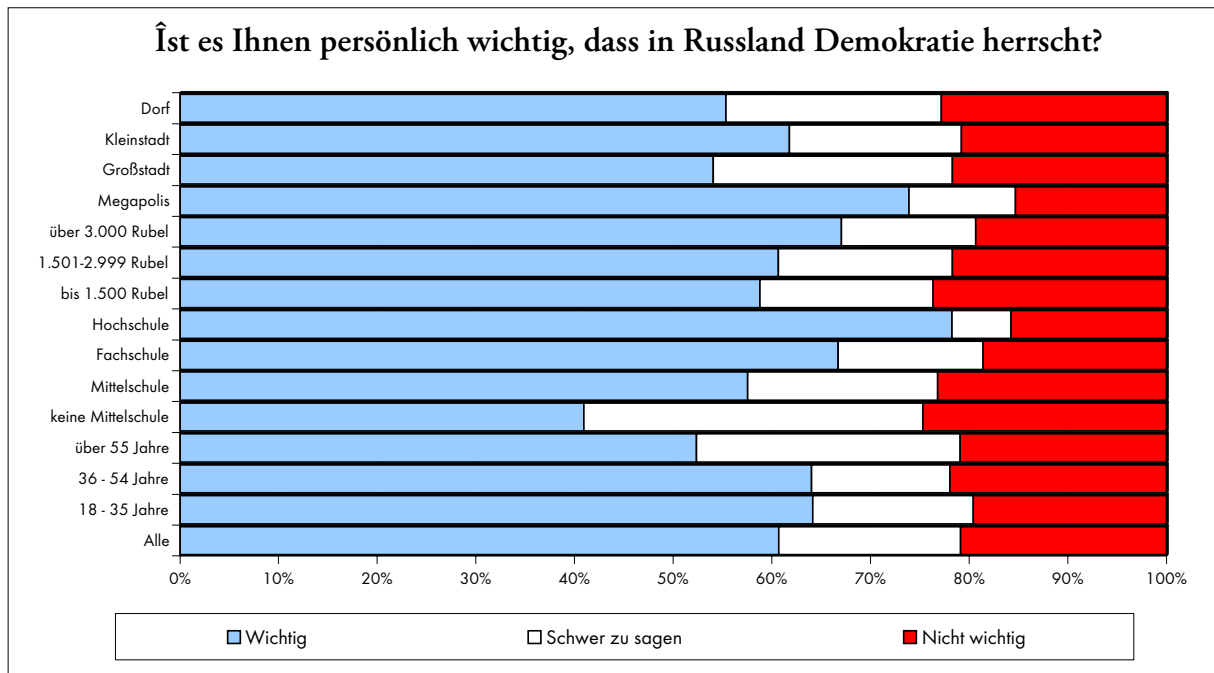
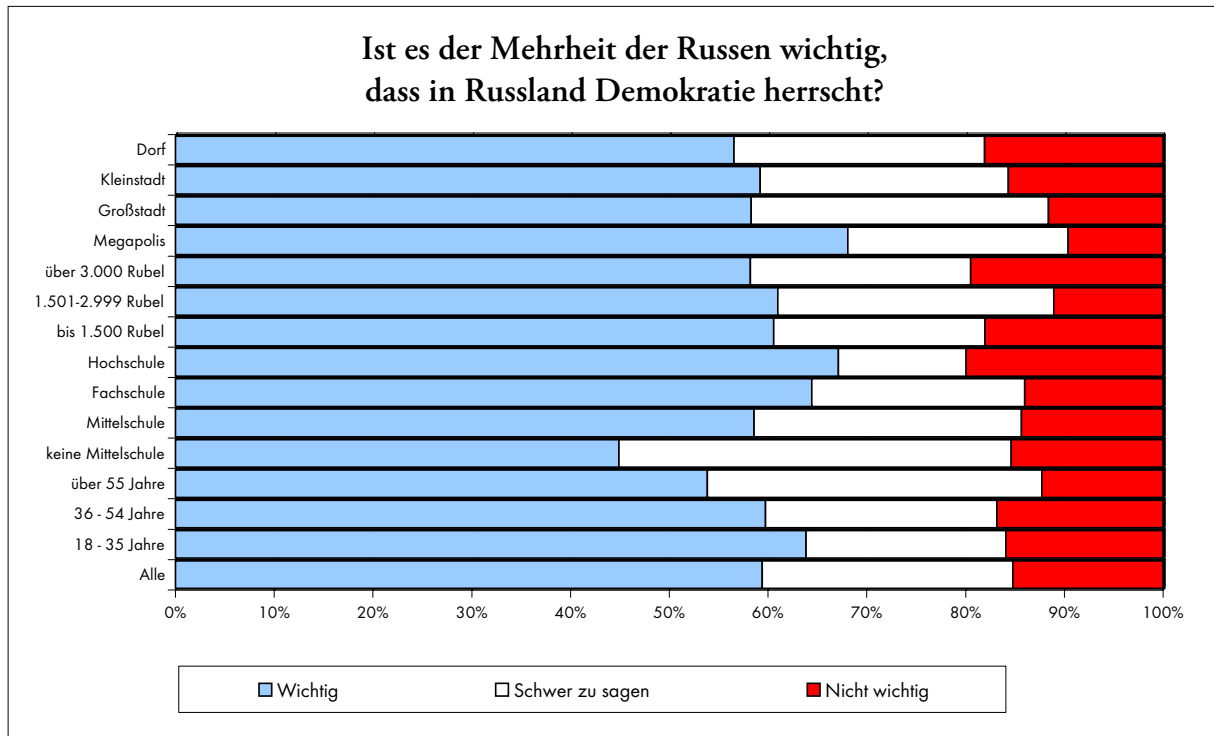
Quelle: IKSI RAN: Perestrojka glazami rossijan: 20 let spustja. Analititscheski doklad, Moskau, März 2005 / M. Bubbe: Die Perestrojka im Urteil der Russen. 20 Jahre nach der Wahl Gorbatschows. Kommentierte Auswahl einiger Ergebnisse, Moskau, März 2005 (= Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 2

Umfrage

Gibt es in Russland Demokratie?

Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 26.-27. März 2005





Quelle: <http://bd.fom.ru/map/projects/dominant/dom0513>

Dokumentation

Human Rights Watch: Schlimmer als Krieg

Das „Verschwinden von Menschen“ in Tschetschenien – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ein Briefing Paper der Organisation „Human Rights Watch“, März 2005 (Auszug)

Der Tschetschenienkonflikt, der jetzt ins sechste Jahr geht, ist eine furchtbare Menschenrechtskrise. Die russische Regierung hat alles Erdenkliche getan, um die internationale Gemeinschaft glauben zu lassen, dass die Lage sich stetig „normalisiert“, obwohl der Konflikt im Laufe des letzten Jahres nicht nachgelassen hat; im Gegenteil, er weitet sich immer mehr in andere Gegenden des Nordkaukasus aus. Russland behauptet, dass die Operationen in Tschetschenien sein Beitrag zum globalen Krieg gegen den Terrorismus sind. Aber DIE Menschenrechtsverletzungen, die russische Streitkräfte dort verübt haben und die durch das von der Regierung erzeugte Klima der Straflosigkeit noch bestärkt werden, haben nicht nur unermessliches Leid über hunderttausende von Zivilisten gebracht, sie haben sich auch nachteilig auf den Kampf gegen den Terrorismus ausgewirkt.

Tschetschenische Kämpfer haben unaussprechliche Terrorakte in Tschetschenien und anderen Teilen Russlands begangen. Auch die russischen föderalen Streitkräfte haben gemeinsam mit moskautreuen tschetschenischen Kräften zahlreiche Verbrechen gegen Zivilisten verübt, darunter außergerichtliche Hinrichtungen, Folter, willkürliche Verhaftungen und Plünderungen.

Aber es ist ihre Beteiligung am erzwungenen Verschwinden von Menschen, die ein ständiges Merkmal des sechs Jahre andauernden Konfliktes ist. Mit zwischen 3.000 und 5.000 „Verschwundenen“ seit 1999 führt Russland den unrühmlichen Titel, bei dem erzwungenen Verschwinden von Menschen weltweit führend zu sein. Dieses Briefing Paper vertritt den Standpunkt, dass das Verschwindenlassen von Menschen inzwischen einen Grad erreicht hat, dass es als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden muss.

[...] Die vorliegenden Beweise zeigen, dass das erzwungene Verschwinden von Menschen in Tschetschenien sowohl weit verbreitet ist als auch systematischen Mustern folgt. Regierungsstatistiken zufolge sind mindestens 2.090 Menschen seit Beginn des Konfliktes im Jahre 1999 verschwunden; Menschenrechtsgruppen schätzen, dass es zwischen 3.000 und 5.000 sind. Wie dieses Briefing Paper zeigt, sind die Opfer immer Zivilisten oder Individuen, die, wenn sie von zuhause, bei einer Straßenkontrolle oder an anderen Orten entführt werden, unbewaffnet sind – sie sind also *hors de combat*. Es handelt sich überwiegend um Männer im Alter zwischen 18 und 40 Jahren, obwohl auch mehr und mehr Frauen „verschwinden“, nachdem in mehreren Fällen tschetschenische Selbstmordattentäterinnen Anschläge auf Zivilisten in Russland verübt haben. In zwei der 43 Fälle, die in diesem Briefing Paper behandelt werden, waren die Opfer Minderjährige unter 18 Jahren.

In der überwiegenden Mehrheit der Fälle handelt es sich bei den Tätern unzweifelhaft um Regierungspersonal, entweder um föderale Streitkräfte, oder, was immer häufiger vorkommt, um regionale tschetschenische Sicherheitskräfte, die in letzter Instanz dem russischen Innen- oder Verteidigungsministerium unterstehen. Einem tschetschenischen Beamten zufolge sind 1.814 Strafverfahren zu Fällen vom erzwungenen Verschwinden von Menschen eingeleitet worden. Keine einzige hat aber eine Verurteilung zur Folge gehabt. Dies demonstriert, dass die russische Regierung sich des Umfangs des Problems bewusst ist, auch wenn sie die Verantwortung abstreitet, und dass sie nicht den geringsten Wunsch hat, das „Verschwinden“ von Menschen zu beenden und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Auszüge S. 2. und S. 6. Der volle Text des Berichts findet sich im Internet unter der Adresse: <http://www.hrw.org/backgroundunder/eca/chechnya0305/chechnya0305.pdf>

Chronik

Vom 29. März bis zum 7. April 2005

29.3.2005	Im Prozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew, den Anteilseigner des Mineralölkonzerns Jukos, beantragt der Staatsanwalt eine Haftstrafe von 10 Jahren.
30.3.2005	Das Moskauer Gericht legt das Strafmaß für Aleksej Pitschugin, den früheren Sicherheitschef des Mineralölunternehmens Jukos, der am 25. März des Doppelmords und des Mordversuchs für schuldig befunden worden war, auf 20 Jahre Lagerhaft fest.
30.3.2005	Nach einer Dumadebatte über die Wahlen im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen greift Wladimir Shirinowskij, Vorsitzender der LDPR und Stellvertretender Duma-Vorsitzender, den Fraktionsvorsitzenden von „Heimat“, Andrej Saweljew, körperlich an. Daraufhin kommt es zu einem minutenlangen, heftigen Handgemenge zwischen Abgeordneten der Liberaldemokraten und der „Heimat“-Fraktion. Die Duma beschließt darauf mit 373 gegen 35 Stimmen, Shirinowskij ein einmonatiges Redeverbot zu erteilen.
30.3.2005	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland über die Situation in der GUS besorgt sei und kritisiert die OSZE für Ihre Rolle bei den Ereignissen in Kirgisien.
30.3.2005	Das Regionalparlament des Gebiets Tula wählt auf Vorschlag Putins den 44jährigen Wjatscheslaw Dudka zum neuen Gouverneur. Die Wahl in Tula ist der zweite Fall, in dem Putin den amtierenden Gouverneur nicht als Kandidaten vorgeschlagen hat.
30.3.2005	Der Stadtrat von Mirnyj (Republik Sacha-Jakutien) beschließt, auf dem städtischen Platz des Sieges eine Stalin-Statue zu errichten.
31.3.2005	Wladimir Lukin, der Menschenrechtsbeauftragte in der Russischen Föderation, veröffentlicht seinen Bericht für das Jahr 2004, den er am 31. Januar Präsident Putin vorgelegt hat. Darin beklagt er u.a. die zunehmende Verbreitung von nationalchauvinistischem Gedankengut, die zu Verletzungen der Rechte von Minderheiten führe.
3.4.2005	Putin würdigt den am 2. April verstorbenen Papst Johannes Paul II. als herausragende Persönlichkeit der Gegenwart und erinnert dabei an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Russland und dem Vatikan, die in dessen Amtszeit fiel.
4.4.2005	Putin empfängt in Sotschi den belorussischen Präsidenten Lukaschenko und erörtert mit ihm die Zukunft der GUS sowie bilaterale Wirtschafts- und Rüstungsfragen.
5.4.2005	Präsident Putin empfängt in Sotschi Javier Solana, den Hohen Beauftragten der EU für Außenpolitik. Das Treffen dient der Vorbereitung des Gipfeltreffens Russland – EU in Moskau. Darüber hinaus werden die Zukunft der OSZE sowie die Entwicklungen im Nahen Osten, im Iran und Moldawien erörtert.
5.4.2005	Präsident Putin empfängt in Sotschi den Präsidenten der international nicht anerkannten Republik Abchasien, Sergej Bagapsch.
5.4.2005	Präsidentengehilfe Viktor Iwanow erörtert in Peking Fragen russischer Öllieferungen an China. Probleme waren im Zusammenhang mit der Zerschlagung des Mineralölkonzerns Jukos entstanden, da Jukos der wichtigste Lieferant von russischem Erdöl an China gewesen war.
5.4.2005	In Chasawjurt (Norddagestan) kommt es beim Versuch, drei Guerillakämpfer festzunehmen, zu einem Feuergefecht. Zwei der Guerillas werden getötet, eine verhaftet. Ein Polizist wird verwundet. Bei dem regellosen Schusswechsel wird auch ein dreijähriges Kind getötet und seine Mutter verletzt.
6.4.2005	Präsident Putin empfängt Emomali Rachmonow, den Präsidenten von Tadschikistan, der nach dem Abschluss einer Truppenübung der Organisation des Kollektiven Sicherheitspaktes in seiner Republik nach Sotschi kommt.
7.4.2005	Ministerpräsident Fradkow teilt mit, dass die russische Regierung ein Szenario für die Wirtschaftsentwicklung 2005–2008 verabschiedet hat. In diesem Zusammenhang unterstreicht er, dass die Regierung an dem Ziel, das Bruttoinlandsprodukt zu verdoppeln festhält. Damit widerspricht er Wirtschaftsminister Gref, der den Standpunkt vertritt, dass das russische Wirtschaftspotential dafür nicht ausreiche.

Die Chronik vom 10. bis zum 28. März finden Sie auf unserer Website www.russlandanalysen.de

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 3/2005

Karl Schlögel

Die Wiederkehr des Raums – auch in der Osteuropakunde

In den Gesellschaftswissenschaften und der Geschichtswissenschaft lagen Raumverhältnisse jahrzehntelang im toten Winkel der Aufmerksamkeit. Die Beschäftigung mit dem Raum stand unter Verdacht. In Deutschland war sie durch den faschistischen Diskurs kontaminiert. Erst seit den Umwälzungen von 1989 und der Globalisierung gewinnt der Raum als zentrale Dimension geschichtlicher Erfahrung an Aufmerksamkeit. Dabei geht es nicht um die Neuaufnahme eines Denkens, das geographische Determinismen propagierte und das Räumliche essentialisierte, sondern um die Einübung einer räumlich geschärften Wahrnehmung. Erst diese gestattet es, die Komplexität, die Orten und Räumen inhärent ist, zu erfassen. Sozial- oder strukturgeschichtliche Probleme, Phänomene wie Herrschaft, Machtbildung und Machtausübung lassen sich nur erklären, wenn die Dimension des Räumlichen mitgedacht wird. So verstanden wird aus dem vermeintlichen Bonmot „Rußland ist groß“ eine epistemische Weichenstellung nicht nur für die Osteuropäische Geschichte, sondern für alle Disziplinen, die sich mit Osteuropa beschäftigen.

Frithjof Benjamin Schenk

Imperiale Raumerschließung. Die Beherrschung der russischen Weite

Der Aufbau moderner Kommunikationsnetze im 19. Jahrhundert hatte für das Rußländische Reich große politische Bedeutung. Eisenbahn und Telegraphie erleichterten die Ausübung imperialer Macht über das größte Kontinentalreich der Erde und schweißten das Land zu einem Kommunikationsraum zusammen. Diese Entwicklung trug jedoch auch zur Destabilisierung imperialer Herrschaft bei. Arbeiter und Angestellte von Eisenbahn und staatlichem Telegraph repräsentierten nicht nur eine quantitativ mächtige soziale Gruppe. Sie übten auch die Kontrolle über die Kommunikationsadern des Imperiums aus. Nicht zuletzt ihre Beteiligung am Generalstreik von 1905 führte zum partiellen Erfolg der ersten landesweiten russischen Revolution.

Klaus Gestwa

Raum – Macht – Geschichte: Making Sense of Soviet Space

Wer den Stalinismus als enthemmte Moderne versteht, dem liefert die Geschichte technologischer Großprojekte gute Argumente. Ihre Realisierung zielte auf die Schaffung realer und imaginer Räume, um damit Mythen zu produzieren, auf denen der Parteistaat seine Macht aufbaute. Landkarten, Ausstellungen und narrative Abbreviaturen dienten als wichtige Hilfsmittel, um die Sowjetmenschen von der neuen Räumlichkeit des Sozialen zu überzeugen und das kollektive Gedächtnis neu zu verorten. Die Ästhetisierung von Raum und Technik verdeckte die Unfertigkeit der stalinistischen Moderne. Der Übermacht des gestalteten Raums standen Formen gesellschaftlicher Raumeignung entgegen. Der imperiale Raum blieb darum mehr artifizielle Oberfläche als gefestigte Tiefenstruktur.

Jörg Stadelbauer

Kategorien des Räumlichen. Alexander von Humboldts Rußlandreise

Humboldts Rußlandreise von 1829 trat immer hinter seine Südamerika-Expedition zurück, unter anderem wegen der spärlichen Zeugnisse. Im Vorfeld von Humboldts Alterswerk Kosmos verdient sie jedoch Beachtung, weil sie den Gelehrten nicht nur als Naturwissenschaftler zeigt, sondern auch sein politisches Denken verdeutlicht. In Humboldts Wahrnehmung räumlicher Phänomene wie Weite des Raumes, Höhenstufung der Gebirge, ressourcenorientierte Wirtschaft, ethnische Differenzierung und sozioökonomische Disparitäten treten beide Aspekte nebeneinander. Damit kann Humboldt zu den Vordenkern einer Politischen Geographie gerechnet werden.

Gerd Koenen

Ein „Indien im Nebel“. Alfons Paquet und das revolutionäre Rußland

Die Biographie des Frankfurter Journalisten und Schriftstellers Alfons Paquet steht repräsentativ für die virulente Unterströmung einer emphatischen „Ostorientierung“, die die Kehrseite der Entfremdung Deutschlands vom Westen in der Weltkriegsperiode bildete. Der deutsche „Rußland-Komplex“ war keineswegs nur von Ängsten und Phobien, sondern mindestens so sehr von gegenseitigen Attraktionen und Beauftragungen bestimmt – gerade auch nach der Revolution von 1917.

Anna Ananieva

Der Garten im zarischen Rußland. Wechselspiel von Raum und Text

Wissenspoetische Konzepte des Gartens entstehen im Spannungsfeld zwischen Raum und Text. An den zarischen Gartenanlagen des späten 17. und 18. Jahrhunderts läßt sich das Wechselspiel von Raumgestaltung und poetischer Verarbeitung untersuchen. Der Bogen spannt sich von der ornamental-dekorativen Ordnung der Gärten in Moskau über die architektonische Ordnung der Gärten in Petersburg zu den höfischen Repräsentationsstrategien des regulären Gartens sowie seiner symbolischen Konstruktion in der Dichtung. Die Abfolge von modifizierten Raumauffassungen kulminiert in der Verbreitung des Landschaftsgartens.

Katharina Kucher

Raum(ge)schichten. Der Gor'kij-Park im frühen Stalinismus

Der Zentrale Kultur- und Erholungspark in Moskau war ein bedeutender gesellschaftlicher Raum im Stalinismus der 1930er Jahre. Sein Stellenwert läßt sich anhand der verschiedenen Planungsetappen zur Gestaltung des Geländes rekonstruieren. Die inhaltliche Besetzung des Parks ging Hand in Hand mit der herrschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklung im Lande und definierte diesen Raum entsprechend. Am Beispiel des Exports der Institution Kulturpark zeigt sich die auf Homogenität und Uniformität ausgerichtete Raum- und Sozialpolitik des sowjetischen Regimes.

Vladislava Ždanova

Weites Land, kleine Heimat. Raum und Sprache im neuen Rußland

Die Verschiebung der Grenzen nach der Auflösung der UdSSR und ihre Auswirkungen schlagen sich im Bewußtsein der „einfachen Menschen“ nieder. Linguistische Feldstudien belegen dies. Die metaphysische Wahrnehmung des Raumes verändert sich. Grundbegriffe räumlicher Identität wie Heimat (rodina, malaja rodina), Ausland (zaganica), die Fremde, ethnische und kulturelle Zugehörigkeit (russkij, rossijskij) werden mit anderen Inhalten und Assoziationen gefüllt. Während räumliche Grenzen im sowjetischen Diskurs auf einer horizontalen Ebene, etwa einer geographischen oder politisch-administrativen, behandelt wurden, verschiebt sich die mentale Konstruktion von Grenzen nun in vertikaler Richtung. Grenzen werden durch eine hierarchische Anordnung von wertbesetzten Größen wie sprachlicher, sozialer, politischer und ethnischer Zugehörigkeit bestimmt.